Nachrichten und Tageblatt

für Bad Warmbrunn und das Riesengebirge

Neue Folge der Warmbrunner Nachrichten

Erscheint täglich außer den Tagen nach Sonn- und Festtagen. — Beilagen: Sonntags: eine illustrierte. — Bezugspreis: frei Haus vierteljährlich 3.30 M., monatlich 1.20 M. Bei Abholung von der Geschäftsstelle vierteljährlich 2.50 M., monatlich 0.90 M. Durch die Post vierteljährlich 3.60 Mk., monatlich 1.20 Mk.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum hier 25 Pfg., auswärts 30 Pfg., Reklamezeile 80 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt. — Bei Ausbruch von Konkursen, bei gerichtlicher Einforderung der Beträge oder der Nichteinhaltung der Zahlungsfrist erlischt der Rabatt und tritt der Grundzeilenpreis von 30 bezw. 80 Pfg. in Kraft

Verbreitetstes Publikations-Organ für Bad Warmbrunn und Umgegend

Schriftleitung, Druck und Verlag: Paul Fleischer, Warmbrunn, Buchdruckerei, Voigtsdorfer Str. — Fernsprecher 115. — Telegramme: Nachrichten. — Postscheckkonto 6746 Breslau.

Nummer 24 | Donnerstag, den 29. Januar 1920. | 38. Jahrgang.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Gesetzentwurf einer Schlichtungsordnung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wird in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

* Es ist beabsichtigt, das Reichsverwertungsamt in eine Treuhand-Aktiengesellschaft zu verwandeln, die die Restbestände aufarbeiten soll.

* Der fünftägige Aufschub der Räumung der Abtretungs- und Abstimmungsgebiete ist auf Ersuchen der Alliierten erfolgt.

* In der Preußischen Landesversammlung gab Präsident Leinert der Entrüstung des Hauses über das Attentat gegen Reichsminister Erzberger Ausdruck.

* Der Gesetzentwurf über die Abfindung des Hauses Hohenzollern liegt jetzt vor. Der Staat erhält danach u. a. hundert Millionen Mark bar.

* Reichsfinanzminister Erzberger hat mit seiner Vertretung den Unterstaatssekretär Moesle beauftragt.

* Der Prozeß Erzberger-Helfferich ist infolge des Attentats auf den Reichsfinanzministers auf Freitag vertagt worden.

* Ein kürzlich durch einen großen Teil der Presse gegangener angeblicher Brief Wilhelms II. an einen Freund wird von Amerongen aus als gefälscht bezeichnet.

Das Attentat.

Zu dem Attentat auf den Reichsfinanzminister schreibt uns ein Politiker:

Wir wollen nicht heucheln. Die Nachricht von dem Mordanschlag auf Erzberger wird bei vielen, die diesen Mann glühend hassen, wenn nicht ein frohes, so doch ein erwartungsvolles Aufhorchen ausgelöst haben: ist er tot? Und eine unbedenklich eingestandene Enttäuschung mag auf vielen Gesichtern hervorgetreten sein bei der Mitteilung, daß anscheinend nur eine leichte Verletzung vorliege und daß für das Leben des Ministers nichts zu befürchten sei. Und achselzuckend wird man über den Vorfall zur Tagesordnung übergegangen sein.

Daß wir schon so abgebrüht, so verblendet sind, um nicht sofort in allen unseren sittlichen Empfindungen aufgestört zu werden, wenn wieder einmal der Versuch gemacht wird, politische Gegensätze mit der Waffe in der Hand zum Austrag zu bringen, ist ein böses Zeichen der Zeit. Mag der Wert des einzelnen Menschenlebens auch noch so sehr gesunken sein, mögen die Unterschiede zwischen hoch und niedrig unter den Einwirkungen der alles gleichmachenden Revolution sich noch so sehr ausgeglichen haben, wenn jeder sich für berechtigt hielte, über seinen Nebenmenschen den Richter zu spielen, statt dem Gesetz zu vertrauen, das den Mächtigen ebenso treffen muß, wenn er Strafe verdient, wie den armen Schlucker, der völlig unbeachtet seines Weges zieht, wir wären dann bald bei Wildwest-Zuständen angelangt, bei denen kein Mensch mehr seines Lebens sicher wäre. Verschlimmert wird die Lage noch durch die Tatsache, daß auch diesmal wieder, wie im Falle Arco-Eisner, ein kaum den Kinderschuhen entwachsener junger Mann ein Rächeramt auf sich nehmen zu dürfen glaubte, überdies in einem Augenblick, da die zuständigen Gerichte bereits mit einer pflichtgemäßen Nachprüfung aller der Anwürfe befaßt waren, die dem Reichsfinanzminister von seinen Gegnern seit Jahr und Tag in der Öffentlichkeit entgegengeschleudert wurden. Mag Erzberger und sein System noch so sehr angefochten worden sein, den politischen Gegenpart kann man nur mit politischen Waffen, nicht mit einem Armeerevolver überwinden. Selbst wenn es Oltwig v. Hirschfeld gelungen wäre, sein Ziel zu erreichen, so hätte seine Tat nur um so sicherer Wirkungen anderer Art zur Folge gehabt, von denen das jugendliche Gemüt des Täters sich ganz gewiß keine ausreichende Vorstellung gebildet hat. Allerdings, Herr von Hirschfeld mag sich eine Märtyrerkrone versprochen haben. Aber was würde er dazu sagen, wenn morgen irgendein junger Arbeiter seinen Revolver an Herrn Dr. Helfferich probierte oder an General Ludendorff? Eisners Ermordung hat in Bayern zunächst nur die Räteherrschaft zur Folge gehabt. Niemand kann voraussehen, was am Montag in Berlin geschehen wäre, wenn Erzberger nicht mit einer verhältnismäßig ungefährlichen Verwundung davongekommen wäre.

Nein, die Reichsregierung ist auf dem rechten Wege, wenn sie aus diesem Anlaß sich mit Worten des Schmerzes und der Empörung an die Öffentlichkeit wendet, um vor verbrecherischen Ausschreitungen des politischen Kampfes zu warnen. Wenn sie, ohne den Attentäter an die Rockschöße einer Partei zu hängen, doch auf die sinnlose und verantwortungslose Hetze hinweist, die seit Monaten gegen den Finanzminister im Gange war; wenn sie Klage führt über die geistige Verfassung, in der die schwerste Schicksalsprüfung unser Volk antrifft. Eine allgemeine Aufrüttelung der Geister erhofft sie von den Schüssen in Moabit, auf daß jedermann den Abgrund erkenne, vor dem wir stehen. Es tut wirklich not, daß wir einhalten auf dem Wege, auf den wir mehr und mehr geraten sind.

*

Das Befinden des Reichsfinanzministers.

Berlin, 27. Januar.

Minister Erzberger hat die Nacht verhältnismäßig ruhig verbracht. Die Wunde verursacht ihm große Schmerzen und verhindert jede Bewegung des Armes, um so mehr, als sich eine Blutgeschwulst gebildet hat.

Heute früh wurde der Minister in das Röntgenlaboratorium der Charité gebracht und mit Röntgenbestrahlung untersucht. Das Bild ergab, daß die Kugel noch in der Schulter sitzt. An eine Entfernung des Geschosses kann zurzeit noch nicht gedacht werden, da der Patient durch den starken Bluterguß sehr mitgenommen ist. Vorläufig ist große Schonung erforderlich.

Zu seiner Vertretung im Reichsfinanzministerium in den laufenden Geschäften ist von dem verwundeten Reichsfinanzminister Unterstaatssekretär Moesle bestellt worden. In Berlin herrscht vollständige Ruhe.

*

Bei dem Attentat

näherte sich der jugendliche Angreifer, der den Minister unausgesetzt beobachtet hatte, dem harrenden Kraftwagen und drängte sich dicht heran. Vor dem Wagen stand der Rechtsbeistand Erzbergers, Dr. Eugen Friedländer. Der Attentäter drängte den Rechtsanwalt etwas zur Seite und fragte den Minister: „Sind Sie Herr Erzberger?“ Der Minister befürchtete anscheinend sofort einen Überfall, sagte: „Gehen Sie doch fort!“ und rief dem Anwalt zu: „Doktor, kommen Sie herein!“ In diesem Augenblick zog v. Hirschfeld den Revolver und schoß, erst von der einen, dann von der andern Seite des Wagens. Beim zweiten Schuß sank Erzberger in den Wagen zurück und rief: „Ich bin an der Schulter getroffen!“ Die andere Kugel prallte an der Uhrkette ab und blieb in den Kleidern stecken.

*

Anklage wegen Mordversuchs.

Der Erste Staatsanwalt am Berliner Landgericht I, Oberstaatsanwalt Krause, teilt mit: Nachdem ich den Täter persönlich im Polizeigefängnis vernommen habe, sind mir jetzt die Akten zugegangen. Gleichzeitig ist der Beschuldigte in das hiesige Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Ich habe mit dem heutigen Tage gegen den Beschuldigten die gerichtliche Voruntersuchung wegen Mordversuches beantragt. Der Täter ist dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden.

Flucht in die Öffentlichkeit.

Erst waren es sieben, jetzt sind es dreizehn große Eisenbahnwerkstätten, die von der Regierung geschlossen werden. Nicht kurzer Hand, im Gegenteil. Mit unendlicher Langmut ist sie allen Wünschen und Vorschlägen der Arbeiterschaft nachgegangen, hat ihnen in jeder Beziehung Entgegenkommen bewiesen und sich auch durch Undank im Einzelnen, durch Streiks, passive Resistenz, Sabotage nicht darin beirren lassen, immer in der Hoffnung, diese unseligen Kinderkrankheiten einer neuen Zeit schließlich doch durch Milde und Güte überwinden zu können. Eine Zeitlang hoben sich auch wirklich die Leistungen der Werkstätten in bescheidenen Grenzen; aber das war nur eine vorübergehende Erscheinung. Jetzt ist es schlimmer als je. Riesige Zuschüsse müssen geopfert werden bei stets geringer werdenden Arbeitsergebnissen. Auch die besonderen Kontrollkommissionen aus den Reihen der Arbeiterschaft, die eingesetzt wurden, um das Mißverhältnis zwischen Unkosten und Arbeitsleistungen zu beseitigen, haben nichts geholfen, und die Gefahr einer gänzlichen Stillegung des Eisenbahnbetriebes infolge zunehmender Knappheit des rollenden Materials rückte immer näher. Im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit vor dem Volke hat deshalb die Regierung mit Beginn dieser Woche dreizehn Werkstätten geschlossen. Den Arbeitern wurde, unter Verzicht auf weitere Dienste, gekündigt. „Demnächst“ sollen die Werkstätten unter neuen Bedingungen, die eine Wirtschaftlichkeit und erhöhte Arbeitsergebnisse gewährleisten, wieder geöffnet werden. Die Hauptrolle dabei wird natürlich die Akkordarbeit spielen, die von den Werften an der Wasserkante längst wieder eingeführt, von den Eisenbahnarbeitern bisher aber mit einer Hartnäckigkeit abgelehnt wurde, die einer besseren Sache würdig gewesen wäre. So will man versuchen, unter Abstoßung derjenigen Elemente, die lediglich in gutbezahlter Arbeitsverhinderung ihren Daseinszweck erblicken, aus dem gegenwärtigen Elend herauszukommen. Die Böcke müssen eben endlich einmal von den Schafen gesondert werden.

Die Regierung ist sich natürlich keinen Augenblick darüber im Zweifel, daß sie hier in ein Wespennest gestochen hat. Deshalb vollzieht sie zu gleicher Zeit eine Flucht in die Öffentlichkeit, indem sie diese über die geradezu schandbaren Verhältnisse in den Eisenbahnwerkstätten rückhaltlos unterrichtet. Von 70000 auf 160000 ist die Zahl der Arbeitskräfte während der Demobilmachung erhöht worden. Ergebnis: der Reparaturstand der Lokomotiven ist von 38 auf fast 48 % gestiegen. Auf alles wurde Rücksicht genommen: die Unterernährung, die Übermüdung durch gesteigerte Kriegsarbeit, auf Arbeitsunlust, auf Knappheit an Werkzeugen und vor allem auch auf den Mangel an guten Ausbesserungsmaterialien. Aber wenigstens 40 % der im Jahre 1913 erreichten Friedensleistung sollten jetzt doch erreicht werden können. Aber selbst hinter diesen Erwartungen bleiben im großen Durchschnitt aller Werkstätten die Arbeitsleistungen noch um etwa 60 % zurück. Und das trotz zahlreicher Verbesserungen der Ausrüstung der Werkstätten und trotz wesentlich stärkerer Belieferung mit gutem Arbeitsmaterial, die in der letzten Zeit wieder ermöglicht werden konnte; mehr als eine Milliarde ist allein für den letzten Zweck im Jahre 1919 von der Eisenbahnverwaltung ausgegeben worden. Es hat alles nichts genutzt. Der Lokomotivmangel nimmt einen immer erschreckenderen Umfang an: die Privatindustrie hat 1161 neue Lokomotiven im Jahre 1919 geliefert und 600 wieder betriebsfähig gemacht, und trotzdem hat sich die Zahl der verwendbaren Maschinen in den letzten Monaten um 600 vermindert. Mit mathematischer Sicherheit läßt sich der Zeitpunkt vorausberechnen, wo der Betrieb bei Fortdauer dieser Zustände unweigerlich zusammenbrechen muß.

Wer den Zusammenbruch nicht will, muß deshalb diese Zustände aus der Welt schaffen. Muß dafür sorgen, daß die arbeitswilligen Arbeiter wieder das Vertrauen bekommen, daß sie in den Werkstätten ruhig arbeiten können, muß Sicherheit dafür schaffen, daß die sachlich tüchtigsten Kräfte wieder wie früher die Führung bei der Arbeit übernehmen. Muß endlich dem Skandal ein Ende machen, daß die Arbeitsstunden vielen Beschäftigten nichts weiter als Erholungsstunden bedeuten, gerade gut dazu, um nachher, außerhalb der Arbeitszeit, Arbeitern anderer Berufe um so wirksamer unlautere Konkurrenz zu machen. Und da es, wie die Erfahrungen in der Privatindustrie gezeigt haben, auch in Reparaturwerkstätten mit der Akkordarbeit, entgegen den Behauptungen der Arbeiter, sehr wohl einzurichten ist, muß auf dieses Lohnsystem unbedingt wieder zurückgegriffen werden, damit der Durchschnittsarbeiter zwar seinen auskömmlichen Verdienst, der besonders geschickte oder fleißige Arbeiter aber darüber hinaus einen besonderen Anreiz zur Mehrleistung findet. Mißbräuche dieses Lohnsystems, wie sie in früherer Zeit zum Schaden der Arbeiter vorkamen, werden heutzutage selbstverständlich verhindert werden. Im ganzen aber muß jetzt endlich gehandelt werden; denn zu neuen Experimenten ist die Zeit zu kostbar. *Dr. Sy.*

Die Abfindung der Hohenzollern.

Gesamtvermögen von 1000 Millionen.

Zu dem Gesetzentwurf über die Auseinandersetzung zwischen dem preußischen Staat und dem Eigentum der Krone wird bekanntgegeben:

Grundsatz zur Beurteilung der Auseinandersetzung mußte der § 153 der Verfassung sein, der die Unverletzlichkeit des Privateigentums garantiert. Die größte Schwierigkeit zur Lösung der Frage, welche Güter, Liegenschaften und Mobilien zum Privatbesitz des Königshauses gehörten oder dem Staat zukamen, bildeten die Tatsache, daß mit der Auflösung eines seit mehr als 500 Jahren vergrößerten Besitzes in kürzester Frist gerechnet werden mußte.

Durch den Verzicht des Königshauses auf einen großen Teil der in den einzelnen Gebäuden usw. befindlichen Kunst- und Wertgegenstände wurde dieser Prozeß erleichtert; durch die Rechnungsschwierigkeiten und Übertragungen, z. B. der Subventionen der ehemals königlichen Theater auf die Staatskasse, waren Verzögerungen unvermeidlich. Trotzdem gelang es, den Entwurf soweit durchzuarbeiten, daß er umgehend der Landesversammlung vorgelegt werden kann.

Eine völlige Trennung zwischen dem ehemaligen Kronfideikommißbesitz und dem Privatvermögen erwies sich durch die vorgenommenen Privatneubauten und Anlagen, die in der Zwischenzeit entstanden sind, als unmöglich. Man kam dahin überein, dem Königshause die bereits seit über hundert Jahren als Privatrente zustehenden 2½ Millionen Taler, gleich 7½ Millionen Mark, weiterhin zuzubilligen, während die sogenannte Krondotation in Höhe von 10 Millionen Mark jährlich nach dem Thronverzicht ohne weiteres in Fortfall kommt, im übrigen aber eine einmalige Entschädigung in Höhe von 100 Millionen Mark dem Königshause zur Ablösung des festen Besitzes nicht in Form direkter Zahlungen, sondern in Ablösung der Reichs- und Staatssteuern zu gewähren. Das Gesamtobjekt, um das es sich bei dieser Auseinandersetzung handelt, dürfte mit 800 bis 1000 Millionen Mark nicht zu hoch geschätzt sein.

Der Vergleich regelt weiter die Rechte an Schlössern und Gebäuden. So übernimmt der Staat u. a. die meisten Schlösser in Berlin (Schloß, Marstall, Monbijou, Kronprinzenpalais, Schloß Niederschönhausen, Schloß Charlottenburg), das Potsdamer Stadtschloß, Sanssouci, Cäcilienhof und Marmorpalais in Potsdam, die Schlösser in den Residenzstädten, eine Reihe von Jagdschlössern. Dem Königshause verbleiben das Palais des alten Kaisers in Berlin, Bellevue, Babelsberg, Sakrow, Burg Hohenzollern, Jagdschlösser Grimnitzsee und Hubertusstock, Schloß Stolzenfels am Rhein und eine Reihe von Grundstücken in Berlin, Potsdam, Plön, Kiel, Villa Tagenheim in Potsdam, Villa Liegnitz in Potsdam, Nikolskoe und alle anderen Besitzungen von Mitgliedern des Königshauses (Kadinen, Rominten, Erweiler, Achilleion, Ols usw.).

Dem König wird Schloß Homburg, dem Kronprinzen Schloß Cäcilienhof auf Lebenszeit zur Verfügung gestellt.

Die Kroninsignien gehen in den Besitz des Staates über, die Kronjuwelen bleiben Eigentum des Königshauses. Über den beweglichen Besitz des Schlosses sind Sonderbestimmungen getroffen. Das Hohenzollernmuseum verwaltet der Staat. Auf Sonderrechte, die dem Königshause zustanden, wird Verzicht geleistet, der Staat übernimmt dafür alle bisher aus der Kronkasse zu tragenden Lasten der Hofbeamten und der Gebäudeunterhaltung. Die übrigen Bestimmungen entbehren des allgemeinen Interesses.

Sorge vor dem deutschen Bankrott.

In Paris beginnt es zu dämmern!

Die Pariser Blätter lassen sich von ihren Berliner Berichterstattern ausführliche Artikel über die wirtschaftliche und innerpolitische Lage Deutschlands senden. Besonders ernst beurteilt der Vertreter des „Echo de Paris" die Lage, und er weist darauf hin, daß die deutsche Schuld infolge der Entwertung der Valuta 1200 Milliarden Mark betrage, während das deutsche Nationalvermögen höchstens 450 Milliarden Mark ausmachen könne. Man müsse daraus folgern, daß Deutschland dem Bankrott entgegengehe. Wenn es seine Kriegsanleihen annulliere, so entstehe in der deutschen Industrie ein Zusammenbruch, und das Elend werde so groß, daß ernsthafte Unruhen befürchtet werden müßten. In dieser verzweifelten wirtschaftlichen Lage sehe sich auch die deutsche Regierung einer sehr schwierigen Lage gegenüber. Der Artikel weist dann darauf hin, daß durch die Auslieferung der Kriegsschuldigen die Lage des Kabinetts noch mehr erschwert werde, und kommt dann in ganz überraschender Weise zu der Folgerung, daß der Vertrag von Versailles revidiert werden müsse. Die im Vertrage vorgesehene Politik des Aussaugens Deutschlands auf Jahrzehnte hinaus sei schlimmer und gefährlicher, als wenn man Deutschland sofort zur Liquidierung des Krieges gezwungen hätte. Die Forderungen, welche die Entente heute an Deutschland habe, könnten durch den Friedensvertrag nicht eingebracht werden.

Die Besorgnis, die sich in der französischen öffentlichen Meinung gerade in den letzten Tagen wegen der Entwicklung der wirtschaftlichen Lage bemerkbar macht, wird vor allem dadurch verschärft, daß auch der französische Wechselkurs, wenn auch langsam, so doch ständig im Sinken begriffen ist. An der Züricher Börse wird jetzt der Pariser Frank mit 44¼ angeboten.

Ein Ententehilferuf an Wilson.

Deutschlands Aussichten im Juni 1918.

In seiner Kriegsbeschreibung bringt der amerikanische Oberkommandierende, General Pershing, ein interessantes Dokument, das sich als einen Hilferuf der Entente an Wilson darstellt. Es ist unterzeichnet von Clemenceau, Lloyd George und Orlando und lautet in seinem Hauptteil:

„General Foch hat uns einen Bericht von außerordentlichem Ernst überreicht, der zeigt, daß die zahlenmäßige Überlegenheit des Feindes in Frankreich, wo 162 alliierte Divisionen jetzt 200 deutschen Divisionen gegenüberstehen, sehr schwerwiegend ist, und daß, da keine Möglichkeit besteht, die Anzahl der britischen und französischen Divisionen zu erhöhen (im Gegenteil, sie sind ganz außerordentlich beschränkt), die große Gefahr besteht, daß der Krieg verloren wird, wenn nicht die zahlenmäßige Unterlegenheit der Alliierten so schnell wie möglich durch die Ankunft amerikanischer Truppen behoben werden kann. Er besteht daher mit äußerster Beherrlichkeit darauf, daß die größtmögliche Anzahl von Infanterie und Maschinengewehren, in welcher Hinsicht die Knappheit an Mannschaften auf seiten der Alliierten ganz besonders besteht, von Amerika herübergeschafft werden sollte in den Monaten Juni und Juli, um die sofortige Gefahr einer Niederlage der Alliierten im gegenwärtigen Feldzuge abzuwenden, die verursacht werden würde durch den Umstand, daß die Reserven der Alliierten vor denjenigen der Deutschen erschöpft sein würden. Hinzufügend bemerkt er noch, daß, wenn man in die Zukunft sieht, es unmöglich ist, einen endgültigen Sieg vorauszusehen, wenn nicht Amerika imstande ist, eine solche Armee zu stellen, die die Alliierten in die Lage versetzen wird, endgültig eine zahlenmäßige Überlegenheit herzustellen. Er taxiert die gesamte amerikanische Stärke, die hierzu erforderlich ist, auf nicht weniger als 100 Divisionen und dringt auf beständiges Transportieren von frischen amerikanischen Reserven, die seiner Meinung nach nicht weniger als 300 000 pro Monat sein sollten, mit der Aussicht, eine gesamte amerikanische Stärke von 100 Divisionen so bald wie nur irgend möglich herzustellen. Wir sind befriedigt, daß General Foch, der den gegenwärtigen Feldzug mit vollendeter Geschicklichkeit führt, und zu dessen militärischem Urteil wir nach wie vor das größte Vertrauen haben, die Notwendigkeit des Falles nicht überschätzt, und bauen darauf, daß die Regierung der Vereinigten Staaten alles tun wird, was getan werden kann, den Notwendigkeiten der augenblicklichen Lage entgegenzukommen und mit beständigem Einsetzen von frischen Reserven, die hierfür berechnet worden sind, so schnell wie möglich die zahlenmäßige Überlegenheit herzustellen, die der Oberbefehlshaber der alliierten Armeen für wesentlich erachtet, um zum entgültigen Siege zu gelangen."

Internationale Valutaregelung.

Erst lebensfähig — dann zahlungsfähig.

Reichsfinanzminister Erzberger äußerte sich einem Journalisten gegenüber zu der Frage der internationalen Regelung der Valuta folgendermaßen:

„Sie fragen mich nach meiner Ansicht bezüglich des Memorandums, das von angesehenen Finanzleuten und Nationalökonomen verschiedener Länder den Regierungen Großbritanniens, der Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreichs, Dänemarks, der Niederlande, Norwegens, Schwedens und der Schweiz übergeben worden ist, und in dem mit näherer Begründung die Einberufung einer Konferenz von Finanzvertretern, an der auch Deutschland und Deutsch-Österreich teilzunehmen hätten, empfohlen wird. Ich teile die Auffassung, daß nur eine gemeinsame Beratung der am Kriege beteiligt gewesenen und der neutralen Länder zu positiven Vorschlägen darüber kommen kann, wie den Schwierigkeiten der durch den Krieg geschaffenen Finanzlage und der auf alle Länder nachteilig einwirkenden Valutaentwertung der meisten europäischen Großstaaten begegnet werden kann. Die Unterzeichner des Memorandums glauben, daß kein Land auf eine sozial und wirtschaftlich geordnete Zukunft rechnen könne, das seine laufenden Ausgaben nicht in Übereinstimmung mit den Einnahmen bringen kann oder durch fortgesetzte Steigerung der Schulden und Inflation des Geldumlaufs seine laufenden Bedürfnisse befriedigen will. Dieser Auffassung stimme ich durchaus zu, und ich habe es während meiner bisherigen Amtstätigkeit immer als meine wichtigste Aufgabe betrachtet, in absehbarer Zeit das Gleichgewicht zwischen den ordentlichen Staatsausgaben und Staatseinnahmen herzustellen. Wer die in meiner Amtszeit bisher entstandenen Steuergesetze studiert, wird nicht darüber im Zweifel sein, daß sie gerade in Verfolg dieses ersten Zieles der laufenden Reichsfinanzreform eine außerordentlich große Belastung der Steuerträger bedeuten. Deutschland wird aufs ernstlichste bemüht sein, die Verpflichtungen, die es auf Grund des Friedensvertrages übernommen hat, zu erfüllen. Deutschland kann, soviel läßt sich schon heute mit aller Bestimmtheit sagen, solche Summen, wie sie die Entente uns teilweise schon auferlegt hat, teilweise noch auferlegen will, nur aufbringen, wenn Deutschlands frühere Feinde sich zu dem Grundsatz bekennen, daß ein Schuldner, der zahlungsfähig sein soll, vor allem erst lebensfähig sein muß. Mit Recht heißt es in dem erwähnten Memorandum, daß die Wiedergutmachungskommission, falls sie auch bei der höchstmöglichen Besteuerung der deutschen Bevölkerung die Unmöglichkeit der Erfüllung der bisher festgesetzten Verpflichtung erkennt, den Umfang auf das Maß der Zahlungsfähigkeit beschränken müsse."

Schlußdienst.

Drahtnachrichten vom 28. Januar.

Der Gastwirte-Proteststreik.

Berlin. Die Weigerung des Reichswirtschaftsministers, die Abordnung der Gastwirte zu empfangen, hat in den Kreisen große Erbitterung hervorgerufen. Die Stimmung ist jetzt im ganzen Reiche sehr für einen unbefristeten Proteststreik, falls die Regierung ihre Stellung zu den Bestimmungen des Wuchergesetzes nicht einer Revision zu unterziehen gewillt ist.

Drohender Eisenbahnerstreik in Baden.

Mannheim. Die badischen Eisenbahner fordern in Form eines Ultimatums eine sofortige Lohnerhöhung von 250 %. Im Falle einer Weigerung der Regierung soll der Generalstreik proklamiert werden.

Schlafkrankheit in London.

Paris. Nach Londoner Meldungen sind in den dortigen Krankenhäusern 16 Fälle von Schlafkrankheit zu verzeichnen. Die Kranken befinden sich jedoch alle auf dem Wege zur Genesung.

Auslieferung von 34 U-Boot-Kommandanten.

Paris. Auf der Entente-Auslieferungsliste sollen angeblich auch 34 deutsche U-Boot-Kommandanten stehen. Ferner verlangt Serbien die Auslieferung des in Deutschland befindlichen Königs Ferdinand von Bulgarien.

Absichten der Bolschewisten auf Indien.

London. Das Reutersche Bureau bezeichnet die Meldung, daß bolschewistische Kavallerie in Indien eingerückt sei, als unrichtig. Von der indischen Grenze seien die Bolschewisten noch 400 Meilen entfernt.

Ergebnis der Wahlen in Ungarn.

Budapest. Obwohl das genaue ziffernmäßige Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung noch nicht vorliegt, gilt doch der Sieg der Monarchisten als absolut sicher. In Budapest unterlag der ehemalige Ministerpräsident Dr. Wekerle gegen den Kriegsminister Friedrich. Es kam mehrfach zu Zusammenstößen zwischen den Linksparteien und den Monarchisten.

Verschiedene Meldungen.

Fulda. Die nach Fulda einberufene Konferenz der deutschen Bischöfe ist durch eine Andacht in der Bonifaciusgruft eröffnet worden. Den Vorsitz bei den Verhandlungen, die drei Tage dauern, führt Fürstbischof Dr. Bertram aus Breslau.

Bern. Die französische und die italienische Regierung haben gemeinsam fünf Millionen Pfund für die Erbauung des Montblanc-Tunnels ausgeworfen. Die Vorarbeiten haben in Chamounix begonnen.

Paris. Das „Echo de Paris" meldet, daß das englisch-französische Flottenabkommen unterzeichnet wurde. Das Abkommen, welches die Ostsee und das Mittelmeer einschließt, werde dem Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten vorgelegt werden.

Paris. Der Kammer ist eine Vorlage der Regierung zugegangen, welche die Erhöhung des Mannschaftsbestandes der französischen Armee um ein Drittel gegenüber dem Friedensstand von 1914 vorsieht.

Paris. Wie „Newyork Herald" aus Washington meldet, hat Arbeitersekretär William Wilson entschieden, daß kein Mitglied der kommunistischen Partei, das einer fremden Nation angehört, in Amerika verbleiben kann.

London. Wie „Times" melden, sind in einem Hafen von Palästina drei Schiffe mit deutschen Waren eingetroffen. Bekanntlich war vor dem Kriege Deutschland auf den Märkten von Palästina und Syrien der ernsteste Konkurrent Englands.

Brüssel. Nach der „Libre Belgique" wird der König von Spanien im April in Brüssel einen Besuch abstatten.

Mailand. „Corriere della Sera" meldet aus Brindisi daß der österreichische Panzerkreuzer „Novara", der während des Krieges mehrere Kreuzfahrten an der italienischen Küste ausführte, im Hafen von Brindisi gesunken sei.

Preußische Landesversammlung.

(104. Sitzung.) tt. Berlin, 27. Januar.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm Präsident Leinert das Wort zu einer Erklärung zu dem Attentat auf Erzberger. Der Präsident stellte fest, das Haus sei einmütig in der Verurteilung des abscheulichen Vorfalles. Er wünsche dem Reichsfinanzminister, daß er bald wieder gesunden möchte, damit er seine unermüdliche Kraft dem Vaterlande erneut widmen könne. Die Abgeordneten hatten sich während der Erklärung von den Plätzen erhoben und nahmen sie schweigend entgegen.

Sodann verabschiedete das Haus in dritter Lesung den Gesetzentwurf über die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse für die Staatsarbeiter, dafür werden 40 Millionen Mark bewilligt. Ebenso nahm man den Gesetzentwurf über Niederschlagung von Untersuchungen, die seit dem 1. März und länger ruhen, in dritter Lesung ohne wesentliche Debatte an.

Nunmehr ging das Haus erneut an die Beratung über die Ernährungslage. Abg. Peters-Hochdonn (Soz.) führte aus, die Kohlenarbeiter könnten nicht mehr arbeiten, weil sie ungenügend ernährt seien. Abg. Köpper (Zentr.) klagte über Mangel an Arbeitskräften auf dem Lande, Abg. Siemens (Dem.) will den Abbau der Zwangswirtschaft.

Ein Neujahrsbrief Wilhelms II.

Protest gegen die Veröffentlichung der Zarenbriefe.

Schwedische Blätter veröffentlichen einen Brief Wilhelms II., den dieser aus Amerongen an einen Freund — offenbar den Fürst zu Fürstenberg — gerichtet hat. Der Kaiser sagt darin, daß er ohne Hoffnung und fast ohne Wunsch sei und dunkel in die Zukunft sehe. Er klagt, daß die Kronprinzessin in finanzieller Bedrängnis sei infolge der Verluste an ihren russischen Papieren und er schon mehrfach ausgeholfen habe.

Keine Rückkehr nach Deutschland.

Wörtlich schreibt der Kaiser dann: „Was sagen Sie zur gewaltsamen widerrechtlichen Veröffentlichung meiner Briefe an Nikolaus? Diese Leute haben keinen Funken Anstand im Leibe, und ich muß froh sein, wenn es ohne Entstellungen abgeht. Ich habe übrigens Loewenfeld (gemeint ist hier offenbar der General, Die Red.) schreiben lassen, er solle gegen die Veröffentlichung der Privatbriefe protestieren, aber da die Veröffentlichung in den Feindesländern erfolgt, wird er weniger Aussicht haben als im Falle Bismarck. Daß auch ein deutsches Blatt in diesen Schmutzereien teilnimmt, wundert mich nicht — nach der Behandlung, die ich von diesem Volke erfahren habe und noch täglich erfahre. Ich hege nicht den Wunsch, je nach Deutschland zurückzukehren. Der Anblick des Zusammenbruchs durch eigene Schuld wäre mir zu schmerzlich. Dazu das Gefühl, daß alle mich betrogen und dann verlassen haben. Ich werde es nicht los, nach allem, was ich von dem famosen „Untersuchungsausschuß" las, das Gefühl, hinters Licht geführt zu sein, selbst von Männern wie Bethmann und Ludendorff, von Tirpitz ganz zu schweigen. Vielleicht kommt mein Mißtrauen aus der Einsamkeit, in der ich lebe und die nur zuweilen durch Besuche wie Wilhelms oder Eitels oder Krieges (Geheimrat Kriege, früher Chef der Reichsabteilung im Auswärtigen Amt. Die Red.) unterbrochen wird, der sich als Getreuer erweist wie immer, auch jetzt, wo es Courage erfordert, treu zu sein. Ich freue mich auf Doorn." Zum Schluß klagt der Kaiser über seinen schlechten Gesundheitszustand: „Ich habe jetzt gesundheitlich viel zu leiden, die alten Schmerzen im rechten Bein und Arm, aber mehr seelisch angesichts der ungewissen Zukunft. Was wird werden? Ich erhoffe nichts Günstiges, da seit Nikolaus' tragischem Ende unter den Kugeln der Kaisermörder das monarchische Solidaritätsgefühl aus der Welt gegangen ist und die anderen vielleicht glauben, ihren Thron zu sichern, indem sie mich preisgeben. Heinrichs und Victorias Appell sind verhallt, ohne ein Echo zu finden."

Die neuen Wahlgesetze.

Drei verschiedene Vorschläge.

Da das praktisch noch nicht genügend erprobte gegenwärtige Reichstagswahlsystem nicht durchweg befriedigt, besonders an der Listenverbindung, dem Höchststimmensystem, das die großen Parteien begünstige, während es die kleinen Wählergruppen unberücksichtigt lasse, und der Größe der Wahlkreise mit durchschnittlich 11 Abgeordneten Kritik geübt wurde, ist eine Reihe von Abänderungsvorschlägen gemacht worden. Der Unterausschuß des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung hat diese geprüft und aus ihrer Zahl drei Vorentwürfe ausgewählt. In diesen Entwürfen ist das badische automatische System nach den vom Reichsminister des Innern vorgeschlagenen Ergänzungen vorgesehen. Nach diesem System entfällt auf eine gewisse Anzahl Stimmen (60 000) je ein Abgeordneter. Die danach in den einzelnen Wahlkreisen unberücksichtigt gebliebenen Stimmen werden durch das ganze Land (Reich) zusammengezählt und nach dem vorhergehenden Satze bewertet. Der Ergänzungsvorschlag des Reichsministers des Innern geht dahin, Reichswahlvorschlagslisten einzuführen, die von den Parteileitungen eingereicht werden. Sie enthalten die Namen der Bewerber, denen die in den einzelnen Wahlkreisen sich ergebenden, für das ganze Reich zusammenzuzählenden Reststimmen nach der gleichen Verteilungszahl wie in den Wahlkreisen (60 000) angerechnet werden.

In dem ersten Entwurf (A) sind die Wahlkreise kleiner als bisher. Es kommen auf jeden Wahlkreis durchschnittlich 6 Abgeordnete. Die Reststimmen kommen auf eine Reichswahlliste und werden insoweit berücksichtigt, als auf je 60 000 Stimmen ein Abgeordeter entfällt.

Der zweite Entwurf (B) sieht ganz kleine Wahlkreise vor mit je 3 Abgeordneten. Mehrere örtlich zusammenhängende Wahlkreise können zu einem Wahlverbande vereinigt werden und besondere Verbandswahlvorschläge machen. Die Reststimmen werden zunächst auf die Verbände verteilt. Die in den Verbandswahlkreisen sich noch ergebenden Reststimmen werden auf die Reichswahllisten vereinigt.

Der dritte Entwurf (C) hat Wahlkreise von gleicher Größe wie Entwurf B und sieht deren Zusammenfassung zu Verbandswahlkreisen vor. Es bleibt den Parteien überlassen, entweder Wahlkreis- oder Verbandswahlkreisvorschläge einzureichen. Hiermit soll solchen Parteien, die in örtlichen Kreisen zu schwach sind, die Möglichkeit gegeben werden, sich zur Geltung zu bringen und ihnen damit ein Anreiz zu reger Wahlbeteiligung gegeben werden.

Die Entwürfe sehen auch das wiederholt gewünschte Wahlrecht für die Auslandsdeutschen vor. Die Durchführung in dieser Hinsicht bedarf aber noch eingehender Beratung. Die Wahlkreiseinteilung ist als Anlage zu dem neuen Gesetz und damit als Bestandteil des Gesetzes gedacht. Sie ist noch nicht entworfen, da die Ergebnisse der Volkszählung vom 8. Oktober 1919, die ihr zugrunde gelegt werden sollen, noch nicht vorliegen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✚ **Ein internationales Arbeiterbureau.** In Paris tritt jetzt der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeiter-Bureaus, der aus 24 Mitgliedern besteht, zusammen. Zwölf Staaten sind offiziell durch je einen Regierungs- und einen Arbeiter-Delegierten vertreten. An der Sitzung nehmen teil: Deutschland, Belgien, Frankreich, England, Italien, Japan, Schweiz, Spanien, Argentinien, Kanada, Polen und Dänemark. Deutschland ist vertreten durch Geheimrat Leymann und Legien. Zum ständigen Direktor des Verwaltungsrates wird Albert Thomas ernannt werden.

✚ **Die protestantische Kirche in Bayern.** Der Verfassungsausschuß des Bayerischen Landtages stimmte dem Entwurf über die Aufhebung der landeskirchlichen Verfassung der protestantischen Kirche im rechtsrheinischen Bayern zu. Das protestantische Oberkonsistorium und die Konsistorien Ansbach und Bayreuth werden aufgehoben. Als Tag für die Auflösung wurde der 31. Dezember 1920 festgesetzt.

✚ **Dank der Reichsregierung an den Präsidenten v. Halfern.** Der Reichskanzler hat an den durch die französischen Besatzungsbehörden aus Saarbrücken ausgewiesenen Verwaltungspräsidenten v. Halfern ein Schreiben gerichtet, in dem der Kanzler mitteilt, gegen die von innerhalb zwei Stunden ohne Rechtsgrund durchgeführte Ausweisung sei auf politischem Wege Protest erhoben. In Verbindung damit sagt der Reichskanzler, es sei ihm Bedürfnis, dem Präsidenten für sein mannhaftes Verhalten in schwerster Zeit den Dank und die Anerkennung der Reichsregierung auszusprechen.

✚ **Das erste Lebenszeichen des Völkerbundes.** Wie man aus London meldet, beginnt der Völkerbund seine praktische Arbeit. Zum erstenmal werden deutsche Delegierte an den Beratungen teilnehmen. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes, der im Rahmen des Völkerbundes geschaffen worden ist, wird zusammentreten, um die formalen Arbeiten, die sich aus der ersten Konferenz in

Washington ergeben, zu behandeln und zu erwägen, wie den Beschlüssen, die bezüglich des Achtstundentages, der Nachtarbeit von Frauen und Kindern in Fabriken, der Arbeitslosigkeit, des Wöchnerinnenschutzes und der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren gefaßt worden sind, praktische Gestalt gegeben werden soll. Der Verwaltungsrat steht unter dem Vorsitz des früheren französischen Munitionsministers und Sozialistenführers Albert Thomas und setzt sich zusammen aus Vertretern der Regierungen von Großbritannien, Frankreich, Belgien, Italien, Kanada, Spanien, der Schweiz, Dänemark, Argentinien, Japan, Polen und Deutschland. Er umfaßt ferner Vertreter der Arbeitgeber von Großbritannien, Frankreich, Italien, Belgien, der Tschechoslowakei und der Schweiz und Arbeiterdelegierte von Frankreich, Holland, Großbritannien, Schweden, Kanada und Deutschland.

✦ **Noske und die Entente.** In einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter der Zeitung „Telegraaf" erklärte Noske, die Neutralen und die Entente hätten das größte Interesse daran, daß Deutschland bald zur Ruhe kommt. Vielleicht komme die Entente noch im letzten Augenblick zu der Einsicht, daß das Deutschland erlaubte Heer von 100 000 Mann nicht in der Lage ist, Ruhe im Mittelpunkt Europas zu gewährleisten.

✦ **Elternbeiratswahlen in Neukölln.** Die ersten Resultate der Wahlen von Elternbeiräten in den Schulen liegen jetzt aus Neukölln vor. Die Wahlbeteiligung war recht lebhaft, und überall wurde, wie bei politischen Wahlen, mit Flugblättern und Aufrufen gekämpft. Drei Parteien hatten Listen aufgestellt, und zwar die Mehrheitssozialisten, die Unabhängigen und die Vereinigten bürgerlichen Parteien eine „unpolitisch-christliche Liste". Das Resultat ist insofern überraschend, als es den „Unpolitischen" gelungen ist, selbst in Neukölln die meisten Sitze in den Schulbeiräten zu erlangen, nämlich 209. Die Unabhängigen konnten 179 Sitze erobern, die Mehrheitssozialisten nur 51. In der Katholischen Volksschule wurden 479 Stimmen für die katholische Liste, 93 für die der Unabhängigen abgegeben. Einige Schulen haben die Resultate noch nicht endgültig festgestellt, an dem Gesamtergebnis wird dadurch aber nicht viel geändert. Die Mehrheitssozialisten haben in keiner Schule die absolute Majorität erreichen können, die Unabhängigen in drei Volksschulen. Die Unpolitischen haben in einer ganzen Reihe von Schulen die absolute Mehrheit, zumeist werden sie sie aber mit den Mehrheitssozialisten gegen die Unabhängigen bilden müssen.

✦ **Zur Räumung Oberschlesiens** teilt die Regierung, um allerhand falschen Gerüchten entgegenzutreten, folgendes mit: „Nach den in Paris mit den Vertretern der Entente abgeschlossenen Verträgen hat die Räumung Oberschlesiens durch die deutschen Truppen am vierzehnten Tage nach dem Tage der Unterzeichnung des Schlußprotokolls (das ist am 24. Januar) zu beginnen. Bis zum einundzwanzigsten Tage (31. Januar) müssen alle überplanmäßigen Ausrüstungen der deutschen Truppen sowie gewisse Teile der deutschen Truppen selbst abtransportiert sein. Die vollständige Räumung muß bis zum einunddreißigsten Tage (10. Februar) durchgeführt sein. Die ersten alliierten Truppen treffen vom zwanzigsten Tage (30. Januar) abends in Oppeln ein, von wo aus ihr Weitertransport erfolgt. Die Räumung wird zonenweise erfolgen, so daß jeder Zwischenraum zwischen der deutschen und der alliierten Herrschaft vermieden wird. Außerdem werden bis zur endgültigen Übernahme der Regierungsgewalt durch die interalliierte Kommission die einzelnen Zonen provisorisch unter militärischer Verwaltung stehen. Die Gesamtstärke der nach Oberschlesien zu entsendenden Kontingente beträgt rund 18 000 Mann englischer, französischer und italienischer Truppen."

✦ **Die Abtretung von Eupen und Malmedy** an Belgien ist am 24. Januar erfolgt. Die Einwohner werden für die Ausfuhr nach Deutschland Erleichterungen erhalten. Ebenso haben die belgischen Zollbeamten Anweisung erhalten, für die Einfuhr aus Deutschland Erleichterungen zu gewähren. Für die Zollzahlung wird die Mark dem Frank gleichgestellt. Voraussichtlich wird aber bald die Mark durch den Frank ersetzt werden.

✦ **Einen schweren Rechtsbruch im besetzten Gebiet** ließen sich die Belgier zuschulden kommen. Sie verlangten von dem Registerrichter in Sintorf eine vollkommen widerrechtliche Eintragung ins Handelsregister. Der Registerrichter Gerichtsassessor Huesgen lehnte natürlich ebenso wie der Registerführer Rechnungsrat Brautlacht ein solches Ansinnen ab. Der Belgier trug nunmehr die erforderte Eintragung eigenhändig ins Handelsregister ein, worauf der Registerführer seinerseits den Vermerk hinzufügte, daß die vorstehende Eintragung gegen den richterlichen Beschluß vollzogen sei. Beide Beamte sind jetzt beim belgischen Zuchtpolizeigericht in Krefeld wegen Ungehorsams unter Anklage gestellt.

✦ **Verschleppung eines Deutschen aus Neuwied.** Der Augenarzt Dr. Hermann aus Neuwied ist plötzlich in seiner Wohnung von einem belgischen Beamten in Begleitung eines amerikanischen Soldaten ohne Angabe von Gründen verhaftet und abtransportiert worden. Man vermutet, daß diese nach dem Rheinlandabkommen und dem Friedensvertrag ungesetzliche Verhaftung im Zusammenhang steht mit der militärischen Dienstleistung als Kommandanturarzt während des Krieges in Tournai.

Bulgarien.

✖ **Verhaftung aller Bolschewistenführer.** Ministerpräsident Stambulinsky hat die Verhaftung aller bolschewistischen Führer angeordnet. Bis jetzt wurden 55 Personen eingezogen. Die Streikbewegung in Bulgarien dauert fort. Die Ausständigen werden von russischen Kommunisten mit Geld unterstützt.

Frankreich.

✖ **Wiedergutmachungskommission und Oberster Kriegsrat.** Endgültig wurde nunmehr Jonnart zum Präsidenten und Bartolini zum Vizepräsidenten der Wiedergutmachungskommission gewählt. Generalsekretär der Kommission ist der Engländer Salter; ihm werden beigegeben der Franzose Bergery und der Belgier Denis. Der Oberste Kriegsrat ist reorganisiert worden. Er setzt sich in Zukunft zusammen aus dem Kriegsminister als Präsidenten, aus den Marschällen von Frankreich und höchstens zehn Divisionsgeneralen.

Großbritannien.

✖ **Der Raub an deutschem Gut** beginnt jetzt. Das englische Handelsamt teilt nämlich mit, daß nunmehr die Bestimmungen des Friedensvertrages in Wirkung treten, denen zufolge der gesamte deutsche Besitz vom Tage des Friedensvertrages an, soweit er sich im britischen Reiche befindet, zur Begleichung der Schulden von Deutschen an Engländer haftbar ist. Ausgenommen sind deutscher Besitz oder Forderungen aus Geschäften, die nach dem 12. Juni 1919 auf Grund der damaligen englischen Regierungsverfügung gemacht worden sind. Die Banken dürfen weiterhin aus deutschen Guthaben monatlich 20 Pfund ohne besondere Genehmigung auszahlen.

Ungarn.

✖ **Die Wahlen.** Eine Regierungsverordnung bestimmt als Tag des Zusammentritts der Nationalversammlung den 16. Februar. Die Wahlen zur Nationalversammlung haben begonnen und werden in den 163 Wahlkreisen der unbesetzten Gebiete des Landes in 24 Stunden beendet sein.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Hauptausschuß des Deutschen Städtetages ist einberufen worden, um zur Ernährungsfrage Stellung zu nehmen.

München. Der Abgeordnete Dr. Taucher-Amberg, der als Mitglied der bayerischen Volkspartei der Nationalversammlung angehört, hat sich entschlossen, sein Mandat niederzulegen.

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 27. Januar.

Sonnenaufgang	7^{54}	Mondaufgang	9^{57}
Sonnenuntergang	4^{33}	Monduntergang	—

1756 Mozart geb. — 1814 Philosoph Johann Gottlieb Fichte gest. — 1901 Komponist Giuseppe Verdi gest.

Merkblatt für den 28. Januar.

Sonnenaufgang	7^{52}	Mondaufgang	10^{36}
Sonnenuntergang	4^{34}	Monduntergang	12^{24}

1868 Dichter Adalbert Stifter gest. — 1871 Kapitulation von Paris. — 1918 Ausstand in verschiedenen Gegenden Deutschlands zur Herbeiführung eines demokratischen Friedens.

□ **Der Postverkehr mit dem Ausland.** Die ungünstige Entwicklung der deutschen Valuta wird neue Tariferhöhungen im Postverkehr mit dem Ausland erforderlich machen. Das Deutsche Reich ist nach den internationalen Verträgen verpflichtet, bei Telegrammen und Paketen an alle Länder, die an der Beförderung mitwirken, einen Anteil zu zahlen, der im Weltpostvertrag genau festgesetzt ist und beispielsweise bei einem Paket 50 Centimes für jedes Durchgangsland und auch für das Bestimmungsland beträgt. Diese Sätze müssen wir unbedingt zahlen. Nun kommt uns der Schweizer Frank auf etwa 8 Mark zu stehen, der französische auf über 4 Mark. Infolgedessen sind vom 1. Februar ab neue Gebührenerhöhungen für den Verkehr mit dem Auslande notwendig, die im Telegrammverkehr nicht übermäßig hoch, im Paketverkehr jedoch ziemlich bedeutend sein werden. Im übrigen sei noch die auffällige Tatsache mitgeteilt, daß viel mehr Pakete aus Deutschland nach dem Ausland gehen als ausländische Pakete nach Deutschland.

□ **Der Eisenbahnverkehr nach dem Osten.** Seit einigen Tagen ist bekanntlich die Übergabe der Eisenbahnen an Polen eingeleitet, so daß Fahrkarten nur bis zu den Grenzbahnhöfen ausgegeben werden. Als Grenzorte gelten Großboschpol, Roslasin, Sonnewald, Konitz, Flatow, Schneidemühl, Usch, Kreuz, Wierzbaum, Bentschen, Wollstein, Lissa, Bojanowo, Rawitsch, Zduny, Neumittelwalde, Groß-Wartenberg, Kreuzburg und Reichtal. Für den Verkehr von Ostpreußen nach dem übrigen Deutschland gelten Dirschau, Marienwerder, Garnsee, Freystadt, Deutsch-Eylau, Bergling und Kostlau. Für die Gepäckbeförderung kommen die gleichen Ortschaften in Frage. Expreßgut ist im Wechselverkehr vorläufig ausgeschlossen.

□ **Über den Verbleib von Paketen aus Amerika** gehen bei der Post so zahlreiche Nachforschungen ein, daß sie kaum noch regelrecht bearbeitet werden können. Dies ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die deutschen Empfänger mit einer viel zu kurzen Beförderungsdauer rechnen. Diese beträgt nach den gemachten Erfahrungen häufig acht bis zehn Wochen. Daher können nur solche Anfragen, die frühestens acht bis zehn Wochen nach der Einlieferung des Pakets abgelassen werden und genaue Angaben über den Tag der Absendung und, wenn möglich, den Namen des Beförderungsdampfers enthalten, auf Erfolg rechnen. Zur Einleitung von Nachforschungen setzt man sich also zweckmäßig mit dem Absender in Verbindung. Der im Oktober von Newyork abgegangene Dampfer „Buttonwood" war Anfang Januar in Hamburg noch nicht eingetroffen. Er soll wegen Maschinenschadens in einem englischen Hafen liegen; über seine voraussichtliche Ankunft in Hamburg ist nichts bekannt. Unter den 90 000 Paketen, die er für Deutschland an Bord hat, befinden sich sicher Tausende, um derentwillen schon vergeblich Anfragen an die Post gerichtet worden sind.

□ **Nur noch 50 Prozent Beleihung von Wertpapieren.** Und den mehr und mehr in die Erscheinung tretenden Auswüchsen der Börsenspekulation zu begegnen, sind die in der Vereinigung von Berliner Banken und Bankiers zusammengeschlossenen Banken und Bankhäuser übereingekommen, in Zukunft Beleihungen von Wertpapieren nur noch in Höhe von 50 % ihres Kurswertes vorzunehmen. Ausgenommen hiervon sind nur die deutschen festverzinslichen Werte und die deutschen Vorzugsaktien mit einer begrenzten Dividende. Soweit zurzeit noch Kredite gegeben sind, die diesen neuen Vorschriften nicht entsprechen, müssen sie bis zum 15. Februar 1920 den neuen Bedingungen angepaßt sein.

Warmbrunn.

* **Gemeindevertretersitzung** am Freitag, den 30. Januar 1920, nachmittags 5 Uhr, im Sitzungssaal des Gemeindeamts. a) Oeffentliche Sitzung. 1. Beschaffung von Kredit zum Ankauf von Lebensmitteln. 2. Volle Einzahlung des Geschäftsanteils zur Kreiseinkaufsgesellschaft. 3. Fernsprechnebenanschluß. 4. Beteiligung an den Kosten zum Bau eines Verkehrsbüros. 5. Tallsackmarkt. 6. Preisfestsetzung, a) für Kohle, b) für Holz. 7. Suppenspeisung der Schulkinder. 8. Beratung des Etats Armen-Wohlfahrts- und Waisenpflege für 1920. 9. Mitteilungen. b) Geheime Sitzung. 10. Kriegsteuerungsbezüge der Lehrpersonen des Lyzeums für 1919. 11. Aufbesserung der Bezüge für a) Standesbeamten. b) Schreibmaschinistin. c) Arbeiter. d) Nachtwachtmänner.

Herischdorf.

Der Kohlenhändler Herr Ansorge — Bahnhof Warmbrunn — hat von uns

einen Wagen Kohlen

zugewiesen bekommen. Derselbe ist verpflichtet, diese nur an Herischdorfer Einwohner abzugeben und können Kohlen von dort abgeholt werden.

Schuttabladeplätze

sind eingerichtet worden:

1) Bahnhofstraße auf dem Gottwald'schen Grundstücke und
2) auf dem Scholzenberge vor dem Gottwald'schen Neubau,
3) Warmbrunnerstraße am Ufer des Heidewassers.

Indem wir solches hiermit bekannt machen, ersuchen wir die Ortseingesessenen, nur den Schutt an den bezeichneten Stellen, welche durch Tafeln kenntlich gemacht sind, abzuladen und zu planieren.

Wer Schutt an anderen Stellen abladet oder wer den abgeladenen Schutt nicht ordnungsmäßig planiert, macht sich strafbar.

Lebensmittelkarten-Ausgabe.

Die Ausgabe der Brot-, Fleisch-, Fett-, Sondermehl- und Zuckermarken für die nächste Periode findet statt:

am Freitag, den 30. Januar 1920.

a) in Ernst's Gasthaus.

vormittags von $8^1/_2$—9 Uhr Haus-Nr. 1—22
9—10 „ „ 126—140
10—11 „ „ 141—154
11—12 „ Tannenberg, Stonsdorferstraße Dtsch. Kolonie und Walterstraße.
nachmittags von 2—3 Uhr Haus.Nr. 156—186, 249, 250 und 252.
„ „ 3—$3^1/_2$ „ für den Scholzenberg.

b) in der Füllner-Kantine

vormittags von 8—11 Uhr Haus-Nr. 187—220, Füllner-Kolonie und Baraschheim.
nachmittags von 1—2 Uhr Haus-Nr. 221—246.

Sonnabend, den 31. Januar 1920

c) in Kutzners Gasthaus

vormittags von 8—9 Uhr Haus-Nr. 23—50
9—10 „ „ 51—80
10—11 „ „ 81—100
nachmittags von 1—2 „ „ 101—125

Die Karten sind beim Empfang sogleich nachzuzählen. Sorgfältige Aufbewahrung wird dringend angeraten, da für abhanden gekommene Karten kein Ersatz geleistet wird. Stammscheine und Bezugskarten sind vorzulegen.

Herischdorf, den 27. Januar 1920.

Der Gemeindevorstand:
Feeser.

Welt- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Mark.

Bei der nachstehenden Tabelle bedeutet Brief = angeboten und Geld = gesucht. Die Valuta steht jetzt für je 100 Gulden (G), 100 Kronen (Kr.) bezw. 100 Frank (Fr.):

Börsenplätze	27. 1. Geld	27. 1. Brief	22. 1. Geld	22. 1. Brief	21. 1. Geld	21. 1. Brief
Amsterdam G	4196	4204	2497½	2502½	2409	2413
Kopenhagen Kr.	1698½	1701½	1199	1201	1099	1101
Stockholm Kr.	1998	2002	1374	1376	1299	1301
Christiania Kr.	1848	1852	1269	1271	1199	1201
Bern Fr.	1798	1802	1199	1201	1139	1141

Im Frieden kosteten im Durchschnitt 100 holländische Gulden 170 Mark, 100 dänische, schwedische bezw. norwegische Kronen 112 Mark und 100 Frank rund 80 Mark, von kleinen Kursschwankungen natürlich abgesehen.

✱ **Berliner Produktenbörse.** Amtlich notierte Preise der Berliner Produktenbörse am 27. Januar: Hafer für 1000 Kilogramm loko 3500—3540 Mark ab Speicher frei Wagen, 3500 Mark ab Bahn, sofortige Abladung 3400—3500 Mark ab Station. Tendenz: —.

Nichtamtlich sind folgende Preise ermittelt, alles für 50 Kilogramm ab Station: Erbsen, Viktoriaerbsen 360—445 Mark, gelbe und grüne Erbsen 270—400 Mark, Bohnen, weiße inländische 380—450 Mark, Peluschken 90—200 Mark, Pferdebohnen 195—212 Mark, Wicken 145—168 Mark, Lupinen 68—85 Mark, Seradelle 132—140 Mark, Wiesenheu, lose, 43—$47^1/_2$ Mark, Stroh, drahtgepreßt 22—$27^1/_2$ Mark, gebündelt 20—$23^1/_2$ Mark, Runkelrüben 7—8 Mark, je nach Abladestation, Kohlrüben, gelbe $7^1/_2$—$8^1/_2$ Mark, weiße $5^1/_2$—6 Mark, Trockenschnitzel 88—89 Mk., dito Patent Steffens 96—97 Mark, Rotklee inländischer, bis 2300 Mark.

✱ **Fürsorgestelle für Ansiedler.** Für Ansiedler, die gezwungen sind, aus Polen auszuwandern, hat der preußische Landwirtschaftsminister eine Fürsorgestelle errichtet. Die Fürsorgestelle hat ihre Geschäftsräume im Landwirtschaftsministerium zu Berlin, Königgrätzer Straße 123. Die Tätigkeit der Fürsorgestelle erstreckt sich zunächst auf Beratung und Unterbringung der zur Auswanderung aus dem an Polen abgetretenen Gebiet gezwungenen Ansiedler; eine nähere Ausgestaltung ihres Tätigkeitsbereiches hat sich der Minister vorbehalten.

✱ **Zu dem neuen rapiden Sinken der deutschen Valuta** erklären schweizerische Fachleute, daß vor allen Dingen die unsichere Zukunft der internationalen Wirtschaft und die Desorganisation des internationalen Handels, auf die deutsche Mark noch speziell die Zuspitzung der Lage im Kohlenbergbau, einwirke. Hier drohe die ernste Gefahr für Deutschland. Und Deutschland stände nun unmittelbar vor dieser letzten Konsequenz, über deren Ernst auch das mit Holland abgeschlossene Kreditabkommen nicht hinwegtäuschen könne. Es sei also nicht zu verwundern, daß in den letzten Tagen umfangreiche Verkäufe deutscher Marknoten stattgefunden hätten, und zwar besonders aus solchen Kreisen, die erst zum Kurse von 10 gekauft hatten. In der Erwartung, damit eine günstige Anlage gemacht zu haben, obwohl das Risiko bei einem so niedrigen Preise kein großes sei, ließen sich die Leute doch nicht abhalten, mit Verlust zu verkaufen, weil sie fürchteten, daß Deutschland sich, wenn die Kohlenproduktion zusammenbreche, nicht mehr halten könne. Wenn auch zugegeben wurde, daß Deutschland die Fähigkeiten habe, sich wieder aufzurichten, so überwiege doch zurzeit wieder die Besorgnis, daß die revolutionäre Gruppe unter den Arbeitern die Oberhand gewinne.

Im Paradies der Schieber.

Konstantinopel unter der Diktatur der „Schwarzen Klaue".

In Konstantinopel hat die Not seit einigen Wochen in unheimlicher Weise zugenommen, und das schlimmste ist, daß sie sich keineswegs als eine Folge des Mangels, sondern der wahnsinnigen, durch unersättliche Gewinnsucht verursachten Preistreiberei erweist. Natürlich haben auch in der türkischen Hauptstadt die Arbeiter und der Mittelstand, die Beamten, Journalisten, Gelehrten und Künstler am schwersten unter diesen Verhältnissen zu leiden.

Einen bejammernswerten Eindruck — so schreibt der Balkan-Korrespondent eines Rotterdamer Blattes — machen die Frauen und Kinder, die mit verzweifelten Mienen vor

den Fenstern der Spezereiwarenhändler, der Kleider-, Manufakturwaren- und Schuhgeschäfte, der Holzhändler und der Bäcker stehen. Es ist in Konstantinopel alles im Überfluß vorhanden, aber es ist nur für wohlhabende Leute erhältlich, und das sind jetzt ausschließlich Kriegswucherer und die „Vampire" von früher und heute oder aus Rußland geflohene schwerreiche Grundbesitzer und Kaufleute und schließlich die Offiziere und Beamten der Alliierten, die ungeheure Gagen erhalten. Es ist nichts mehr rationiert, das Kartensystem ist seit dem Abschluß des Waffenstillstandes abgeschafft, und jeder kann sich mit allem versehen, soweit er es bezahlen kann, nur hat die Mehrzahl der Bevölkerung nicht die Mittel, auch nur das bescheidenste Ausmaß an Lebensmitteln und Bedarfsartikeln zu bezahlen.

Die Regierung und die Behörden kümmern sich gar nicht mehr um die Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigsten Nahrungsmitteln, seitdem die Stadt von den Alliierten besetzt worden ist, und da die Alliierten auch alles gehen lassen, wie es geht, haben die Vampire, die Ausbeuter, Kettenhändler und Wucherer vollkommen freie Hand. Zwar bestehen noch die zur Bestimmung der Preise der unentbehrlichsten Bedarfsartikel eingesetzten türkischen Regierungskommissionen und dem Namen nach auch noch das Kriegsgericht gegen die Wucherer, aber niemand richtet sich nach den Verfügungen der Kommissionen, und niemand fürchtet sich mehr vor dem Militärgericht, seitdem es so leicht ist, sich der Macht dieses Gerichtes zu entziehen. Und darin liegt hauptsächlich die Ursache der gegenwärtigen unmöglichen Zustände. Die Macht und die Machtmittel der Regierung werden durch die fremde Besetzung tatsächlich zunichte gemacht. Ein charakteristischer Fall und die aus diesen Zuständen sich ergebenden Folgen seien zur Kennzeichnung der Verhältnisse mitgeteilt.

Unter dem jungtürkischen Regime hatte sich im letzten Kriegsjahr in Konstantinopel eine Vereinigung von Vampiren gebildet, die sich die „Schwarze Klaue" nannte und Wucher mit Lebensmitteln trieb. Die Mitglieder dieser Bande waren Griechen, Armenier und Perser. Auf wiederholtes Drängen der deutschen Behörden wurden im August 1918 einige dieser Blutsauger, die sich zu stark kompromittiert hatten, verhaftet, worauf gegen die ganze Gesellschaft ein Prozeß angestrengt wurde. Nach der Besetzung Konstantinopels durch die Alliierten im November 1918 beriefen die Verhafteten sich auf ihre griechische Nationalität und wurden denn auch der türkischen Gerichtsbarkeit entzogen. Man setzte also die Wucherer auf freien Fuß. Bald darauf begann die „Schwarze Klaue" wieder ihr unverschämtes Treiben, und sie ist es, die heute unter der Mitwirkung von Gesindel desselben Schlages aus andern Ländern der Entente die Preise systematisch in die Höhe treibt und Millionen verdient, während drei Viertel der Bevölkerung buchstäblich Hungers sterben. Die Alliierten wollen gegen die Schurken nicht einschreiten, weil ihr Verbrechen eine „innere Angelegenheit" sei; die Türken wieder wollen mit der Sache nichts zu tun haben, seitdem es einigemal vorgekommen ist, daß verhaftete Mitglieder der Wuchererbande auf Befehl der einen oder der andern Ententemacht als deren Schützlinge freigelassen werden mußten. Der „Schwarzen Klaue" ist es jetzt gelungen, die Gilden der Mahonadschis (Schiffer) und der Hamals (Lastträger) für sich zu gewinnen, das heißt in ihre gewinnbringende Tätigkeit einzubeziehen. Infolge dieses „Sozietätsverhältnisses" kostet jetzt die Beförderung von Artikeln, die von außen nach Konstantinopel gebracht werden, von Bord bis zum Bestimmungsort in der Stadt viel mehr als der Einkaufswert samt den Zöllen und den Kosten des Transports bis Konstantinopel.

Aus dem Gerichtssaal

§ **Englische Gerichtsurteile.** Das britische Kriegsgericht in Köln verhandelte gegen sieben Deutsche, die im September vorigen Jahres zwei englische Soldaten überfallen und durch Messerstiche lebensgefährlich verletzt hatten. Zwei der Angeklagten wurden freigesprochen, einer zu achtzehn Monaten Gefängnis verurteilt und die übrigen Angeklagten wegen Mordversuchs zum Tode verurteilt. Diese Strafe wurde indessen im Gnadenwege in zehnjährige Gefängnisstrafe umgewandelt. Die Urteilsverkündigung erfolgte in sehr feierlicher Weise unter großem militärischen Aufwand.

Nah und Fern.

o **Der ehemalige Herzog von Altenburg als Student.** Der letzte Herzog von Altenburg hat sich in Berlin niedergelassen und besucht derzeit als Studierender das Institut für Ozeanographie. Der Herzog hatte bereits während seiner Regierungstätigkeit ein besonderes Interesse für Meeres- und Länderforschung. So hat er seinerzeit an einer Islandexpedition teilgenommen.

o **70 Flugzeuge verbrannt.** Auf dem Warnemünder Flugplatz vernichtete ein Brand 70 Flugzeuge, darunter zwei Riesenflugzeuge, die abmontiert zur Abnahme an die Entente bereitlagen. Auch das große Propellerlager wurde ein Raub der Flammen.

o **Großer Museumseinbruch.** In das Bismarck-Museum in Schönhausen an der Elbe, das erst vor einiger Zeit von Einbrechern heimgesucht worden war, sind wieder Einbrecher eingedrungen, die reiche Beute machten. Was im einzelnen gestohlen worden ist, steht noch nicht fest.

o **Schwerer Kircheneinbruch.** Anscheinend großstädtische Einbrecher verschafften sich durch Eindrücken der Sakristeifenster Eingang in die Kirche zu Jarmen i. Pom. und stahlen das gesamte Silbergerät des Gotteshauses: zwei große massive Altarleuchter, zwei silberne Vasen, eine Taufschale, ein Opferbecken, eine Weinkanne, den wertvollen jahrhundertealten Abendmahlskelch, einen Oblatenteller und eine Oblatentube.

o **Räubereien ohne Ende.** Der Fabrikbesitzer Windolff in Firma Wiese und Komp. in Stettin hatte in seinem Bureau einen Kampf mit drei Männern, die den Geldschrank zu öffnen versuchten, zu bestehen. Er erhielt einen Schuß in die Brust, an dessen Folgen er gestorben ist. — In der Wohnung eines Kasseler Kaufmannes erschienen vier unbekannte Männer, die angeblich Platin verkaufen wollten, zwangen die in der Wohnung befindliche Frau zur Herausgabe des Schranksschlüssels, raubten eine Summe von 80 000 Mark, betäubten die Frau und ihre Schwester mit Äther und entkamen unerkannt.

o **Ein „hundertfacher" Pelzdieb.** In München wurde ein siebzehnjähriger Artist verhaftet, der in fast hundert Fällen in Wohnungen eingebrochen, Pelze und Mäntel im Werte von über 100 000 Mark gestohlen und diese nach Berlin und Leipzig zum Verkauf gebracht hat.

● **Internationaler Kongreß der Intellektuellen.** Einige französische Schriftsteller haben beschlossen, einen internationalen Kongreß der Intellektuellen im Laufe des ersten Semesters 1920 nach Bern einzuberufen. Romain Rolland, Henri Barbusse und George Duhamel veröffentlichen einen Aufruf in der „Humanité" und fordern die Gelehrten, Künstler, Philosophen und Schriftsteller auf, sich an dem Kongreß zu beteiligen, damit eine internationale Liga der Intellektuellen gegründet werden könne.

o **Acht Millionen Kronen geraubt.** Auf einer Tiroler Grenzstation wurden aus einem Eisenbahnwagen zwei Handtaschen geraubt, in denen sich über acht Millionen Kronen in deutsch-österreichischer Währung befanden. Der Eigentümer der beiden Taschen wollte das Geld von Italien nach Österreich bringen. Der Dieb wurde festgenommen, als er seine Beute einem Zollbeamten anbot. Die beiden Taschen wurden beschlagnahmt.

o **Alkoholüberschwemmung Deutschlands.** Die Vereinigten Staaten, die bekanntlich ein Alkoholverbot erlassen haben, beabsichtigen, 270 Millionen Liter Whisky nach Europa zu senden. Auch aus dem übrigen Ausland soll viel Alkohol nach Deutschland eingeführt werden. Die Preise, die wir dafür zahlen, sind ein Teil des Valutatributs, den wir dem Auslande entrichten.

o **Vatermord.** In einer Pension in Berlin-Schöneberg fiel der 54 Jahre alte Baron von Koeppen einem Giftmord zum Opfer. Er wurde von seiner geistesschwachen 15jährigen Tochter durch eine Morphiumeinspritzung auf Geheiß der Mutter, die mit ihrem Manne in Unfrieden lebte, getötet. Die Baronin von Koeppen wurde verhaftet.

o **In dem Prozeß um den Kaiserfilm** hat jetzt die Staatsanwaltschaft beim Landgericht I in Berlin den Antrag auf Einziehung und Vernichtung des Ferdinand Bonnschen Films „Kaiser Wilhelms Glück und Ende" gestellt. Über diesen Antrag hat die zuständige Strafkammer zu entscheiden.

o **Tarif für Nachhilfestunden.** Auch die Studenten beginnen sich zu organisieren. So hat kürzlich der Studentenausschuß der Universität Marburg für studentischen Nebenerwerb Tarife aufgestellt, die sich folgendermaßen stellen: Nachhilfe für Schüler bis Sekunda Stunde 4 Mark, bis Prima Stunde 5 Mark, mechanische Schreibarbeit Seite 50 Pfennig, Schreibarbeit mit geistiger Tätigkeit Stunde 4 Mark.

o **Einbruch in die Dresdener Hofkirche.** In die Dresdener katholische Hofkirche ist ein Einbruch verübt worden. Den Dieben fielen eine Monstranz und zwei silberne Kelche im Werte von 20 000 Mark in die Hände. Die Täter sind unerkannt entkommen.

o **30 Zentner Silberbarren beschlagnahmt.** Einem großen Silberschmuggel ist man in Wiesbaden auf die Spur gekommen. Es handelt sich um 2½ Millionen Mark in Silberbarren, die, in 36 Kisten verpackt, aus Berlin und Hamburg über Frankfurt a. M. nach Wiesbaden kamen, um von dort aus in einem Automobil an die Grenze geschafft zu werden. In Wiesbaden hatten die Brüder Friedrich und Leo Ullmann den 30 Zentner schweren Transport übernommen. Beide wurden in Haft genommen, später aber wieder freigelassen. Frankfurter und Mainzer Firmen sind in die Sache verwickelt.

o **Wo die inländische Butter bleibt.** Durch den Ausnahmezustand in Westfalen ist auch das Postgeheimnis aufgehoben. Bei der Paketkontrolle in Gütersloh sind in zwei Tagen 1000 Pfund Butter und über dreißig Pakete Fleisch beschlagnahmt worden. Die Sendungen kamen aus dem Hinterland der Teutoburger Waldeisenbahn, einem Dorado für Hamster und Schieber. Nach beiliegenden Rechnungen sollte die Butter für 25 bis 35 Mark das Pfund nach dem Industriegebiet gehen.

o **Die bevorstehende Erhöhung der Berliner Zeitungspreise** beläuft sich durchgängig auf zwei Mark für den Monat. Einige Blätter gehen über diesen Satz hinaus, die niedrigste Erhöhung beträgt eine Mark. Trotz des vom 1. Februar ab in Kraft tretenden erhöhten Bezugspreises bleibt, wie überall, auch in Berlin die Lage des Zeitungsgewerbes mißlich angesichts der ins Ungeheure gestiegenen Material- und sonstigen Herstellungskosten.

o **Unglaubliche Preise für Silber und Gold.** Der Preis für Silberbarren erhöhte sich in Berlin auf 2600 Mark, während der Richtpreis sich noch über diesem Satze hält. Für eine Mark in Silber werden 11,50 Mark und für ein Zwanzigmarkstück in Gold 430 Mark gezahlt.

o **Beraubung eines Expreßzuges.** Nach einer Londoner Meldung wurde der Expreßzug Kairo—Luxor wenige Kilometer nördlich von Kairo durch ägyptische Aufständische zum Entgleisen gebracht. Es wurden ungefähr 2000 Pfund Sterling geraubt.

o **Die Kalibohrungen in Lippe.** Die im Freistaat Lippe seit einigen Monaten stattfindenden Bohrungen nach Kali haben zu einem Erfolge geführt. Bei Niederbarkhausen ist in 433 Meter Tiefe Steinsalz erbohrt worden. Es ist nach dem bisherigen Verlauf der Bohrungen anzunehmen, daß demnächst Kali angetroffen wird.

o **Ein neues Erdbeben in Mexiko.** Wie aus Mexiko amtlich gemeldet wird, ist San Joaquin, ein Dorf von 3000 Einwohnern in der Provinz Veracruz, durch ein neues Erdbeben zerstört worden.

● **Typhusseuche im Baltenlande.** Nach einer Zusammenstellung des amerikanischen Roten Kreuzes sind zurzeit in den baltischen Provinzen gegen eine Million Einwohner an Typhus erkrankt. Die Ursache der Epidemie wird in dem Mangel an Entlausungsvorrichtungen gesehen. Die polnische Regierung hat Entlausungsstationen errichtet, doch gelingt es gegen 85 % der Einwanderer, sich der Entlausung zu entziehen.

Vermischtes.

Der Helm der Gendarmen. Einen dienstuenden preußischen Gendarm ohne Helm konnte man sich früher nicht vorstellen: es war beinahe so, als wenn ein großer Teil seiner Autorität — und die war wahrhaftig nicht gering — in der schön polierten Helmspitze steckte. Die Revolution hatte aber, wie mit so vielen andern Dingen, auch mit dem Gendarmenhelm aufgeräumt, und seit Dezember 1918 tragen die Gendarmen zu ihrem Leidwesen auch im Dienst nicht mehr den Helm, sondern die schlichte Mütze. Das soll aber von nun an wieder anders werden. Man ist zu der Überzeugung gelangt, daß die Mütze nicht für jeden Dienst geeignet und daß eine feste Kopfbedeckung nicht ganz zu entbehren ist. Der Gendarmenhelm kommt also wieder zu Ehren, nur daß es den Beamten selbst überlassen bleibt, ob sie ihm im Einzeldienste und außer dem Dienste tragen, oder ob sie ihn die immerhin bequemere Mütze vorziehen wollen. Werden aber mehrere Beamte zu gemeinsamer Dienstleistung zusammengezogen, so hat der Vorgesetzte oder der Dienstälteste zu bestimmen, ob Helm oder Mütze zu tragen ist. In der Form und im Schmuck des Helmes wird vorläufig nichts geändert. Es ist auch noch nicht bestimmt, ob nicht etwa später anstelle des Helmes eine andere geeignete feste Kopfbedeckung treten kann. Wie dem aber auch sein mag: eines der schwierigsten und interessantesten Probleme unserer Zeit scheint mit dieser vorläufigen Entscheidung in der Helmfrage der Lösung nähergebracht zu sein.

Polnische Wölfe in Sachsen. „Ein toller Wolf in Polen fraß den Tischler samt dem Winkelmaß", heißt es in einem wunderschönen alten Liede. Jetzt scheinen die polnischen Wölfe schon so toll geworden zu sein, daß sie planlos auf die Wanderschaft gehen und sich als ungebetene Gäste mitten in Deutschland niederlassen, wo sie aber hoffentlich wenigstens die Tischler verschonen. Bei Neuhaus an der Elbe erlegte ein Jagdaufseher einen ausgewachsenen starken Wolf, der von der Schnauze bis zur Rute 1,22 Meter maß. Vor einiger Zeit hatte ein Hegemeister in derselben Gegend einen Wolf angetroffen und durch eine Schrotladung verwundet. Da nun das jetzt erlegte Tier kein einziges Schrotkorn aufwies, handelt es sich um zwei verschiedene Wölfe. Man nimmt an, daß die Tiere durch den Kriegslärm aus den polnischen Wäldern verscheucht worden sind und sich „unerkannt" bis an die Elbe durchgeschmuggelt haben.

Das Schicksal der österreichischen Kriegsgefangenen in Sibirien. Aus Wladiwostok sind traurige Nachrichten über das Schicksal der nach Sibirien verschleppten österreichischen Kriegsgefangenen eingetroffen. Es befanden sich im östlichen Rußland mehr als 500 000 österreichisch-ungarische Gefangene. Von diesen sollen jetzt nur noch etwa 125 000 am Leben sein; die anderen sind ansteckenden Krankheiten und Entbehrungen erlegen, und die Überlebenden haben die Erhaltung ihres Lebens auch nur den wenigen englischen und japanischen Ärzten, die in der Gegend der sibirischen Eisenbahn zurückgeblieben waren, zu verdanken. In den letzten Wochen sind auch in Europa ausgebildete chinesische Ärzte zur Hilfeleistung eingetroffen.

Der
Verein von Aerzten im Riesengebirge
macht darauf aufmerksam, dass die Entwertung des Geldes und die Steigerung der Preise für alle Lebensbedürfnisse selbstverständlich auch die Aerzte zu einer Erhöhung der Liquidationen zwingt.

Ein noch gut erhaltener
Kinderwagen
zu kaufen gesucht.
Angebote unter „Kinderwagen" an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Schreibhilfe (Anfängerin),
fürs Kontor
zum 1. Februar gesucht.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Zeitung.

Stenographen-Verein Stolze-Schrey
Warmbrunn-Herischdorf.
Sonnabend, den 3.1 Januar 1920,
abends ½8 Uhr,
im Saale des „Weissen Adler":
2. Stiftungsfest
verbunden mit
Vorträgen, Preis-Verteilung und Ball.
Zutritt nur an Hand von Einlasskarten, welche bereits vorher bei Fräulein Liebe, Konditorei Baehr, und abends an der Kasse erhältlich sind.
Der Vorstand.

Kriegsanleihe in jeder Höhe kauft gegen bar Hans Hinderer, Breslau V. Schweidnitzer Stadtgraben 16. Telephon 6399.

Brille
mit Futteral
verloren.
Um Abgabe wird gebeten.
Dorn, Herischdorf,
Bahnhofstraße 6.

Ein gut erhaltener
Herren-Ueberzieher
preiswert zu verkaufen.
Neue Gasse 8.

Kleines möbliertes Zimmer
ohne Pension, evtl. Schlafstelle für einzelnen Herrn in Warmbrunn gesucht.
Angebote u. „R. F. 100" an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Ein weißer
Saanen-Ziegenbock,
7 Wochen alt, zu verkaufen.
Voigtsdorferstrasse 19.

Gebrauchte
Weinflaschen, Literflaschen, Brunnenflaschen
kauft
Paul Schütz,
Warmbrunn,
Hirschbergerstraße.

Geld gegen monatliche Rückzahlung verleiht
R. Calderarow, Hamburg 5.